

https://report24.news/europa-wird-weiterhin-mit-migranten-geflutet-neue-route-ueber-mauretanien-und-kanaren/?feed_id=36284 7.2.2024

Europa wird weiterhin mit Migranten geflutet – neue Route über Mauretanien und Kanaren

In Mauretanien warten 300.000 Menschen auf die Schiffsreise auf die Kanaren – und damit in die gelobte EU, wo die Rundum-Versorgung wartet, ohne dass man selbst dafür auch nur den Funken einer Leistung erbringen muss. Auch hier handelt es sich um illegale Armutsmigration. Europa steht unter einem militärischen Dauerbeschuss, nur dass keine Artilleriegranaten explodieren, sondern die globalistischen Hintermänner „einfach“ Menschen schicken, um ihre finsternen Ziele zu erreichen.

.....

Nun wird regelmäßig von tausenden Ankommenden auf den Kanarischen Inseln berichtet. Diese gehören zu Spanien und für Ankommende gelten dieselben Regeln wie für alle Menschen, die legal oder illegal die Grenzen überschreiten: Wer da ist, bleibt da. Rückführungen sind so gut wie ausgeschlossen.

Bis zu 300.000 Afrikaner warten derzeit auf ihr Boot, um auf die Kanaren überzusetzen. Wer dort Land betritt, hat es geschafft. Kostenlose medizinische Rundumversorgung, Nahrung, Unterkunft. All das wird bezahlt – es ist auch im Westen ein lukratives Geschäftsmodell, mit dem beispielsweise das Rote Kreuz oder die Caritas hunderte Millionen, wenn nicht Milliarden Umsatz generieren.

.....

Die Europäische Union möchte nun pro Forma mit dem Land verhandeln, um die Masseneinreisen zu verhindern. Dazu wird nicht das Militär eingesetzt, welches die europäischen Steuerzahler finanzieren müssen, sondern einmal mehr das Geld der Menschen. Der Erpressung durch Mauretanien soll mit 200 Millionen Euro Steuergeld stattgegeben werden.

.....

<https://www.nius.de/news/rasanter-anstieg-mehr-als-26-000-asyl-erstantraege-im-januar/59fea2ef-7a51-4db8-8b72-7575c509b64f>

7.2.2024

Rasanter Anstieg: Mehr als 26.000 Asyl-Erstanträge im Januar

Im Januar 2024 hat das Bundesamt für Migration etwa 3000 Asylanträge mehr als im Dezember 2023 verzeichnet. Trotz der Einführung stationärer Grenzkontrollen im Herbst. Die Asylbewerber kommen noch immer vor allem aus drei Ländern.

Die Flüchtlingskrise hat sich zum Jahresanfang verschärft: Im Januar wurden laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mit 26.376 Asylerstanträgen deutlich mehr als im Dezember (23.025) gestellt. Aber weniger als im Januar des Vorjahres (29.072).

Dass im Januar etwas mehr Anträge als im Adventsmonat Dezember gestellt werden, ist oft zu beobachten. Das hat vor allem mit dem eingeschränkten Personaleinsatz beim BAMF in der Weihnachtszeit zu tun. In diesem Jahr war man allerdings davon ausgegangen, dass sich Ausweitung der stationären Grenzkontrollen bemerkbar machen würden. Dies ist nicht eingetreten.

Die meisten Anträge kommen weiterhin von Menschen aus Syrien, gefolgt von Türken und Afghanen. Auf diese drei Länder entfallen laut BAMF drei Fünftel aller Erstanträge.

<https://apollo-news.net/bundesregierung-schaltet-werbung-um-die-finanzierung-von-radwegen-in-peru-zu-rechtfertigen/> 6.2.2024

Bundesregierung schaltet Werbung, um die Finanzierung von Radwegen in Peru zu rechtfertigen

Die deutsche Förderung von Radwegen in Peru hat für Schlagzeilen gesorgt. Auf Anfrage von Apollo News bestätigt das Bundesentwicklungsministerium, dass man aktuell Geld dafür ausgibt, um in Google-Rankings Beiträge zu platzieren, die die Zahlungen nach Peru in Schutz nehmen.

Die Bundesregierung finanziert mit Millionensummen merkwürdige Entwicklungshilfe-Projekte – u.a. Radwege in Peru. Das sorgte u.a. nach

einem Apollo News-Bericht zuletzt immer mehr für Schlagzeilen. Die Bundesregierung spricht indes von „Missverständnissen in der Entwicklungspolitik“ und versucht dies auf der Website des Entwicklungsministeriums in einem FAQ zu erläutern. Brisant dabei ist, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Geld ausgibt, um diese konkreten Erläuterungen zu den Radwegen zu bewerben – und die Bevölkerung von der Sinnhaftigkeit der Maßnahme zu überzeugen. Es geht u.a. darum, den Beitrag im Google-Ranking nach oben zu befördern.

Auf Anfrage von Apollo News bestätigte das Bundesentwicklungsministerium, dass man aktuell Geld dafür ausgibt, einen Beitrag zu bewerben, der die Zahlungen nach Peru erläutert. Bisher sind 1600 Euro nur dafür ausgegeben worden, um auf Google für den Beitrag zu werben. Auf weiteren Plattformen werbe man bisher nicht. In dem Beitrag heißt es „Im Internet kursiert derzeit die Zahl von 315 Millionen Euro, die das BMZ angeblich für Fahrradwege und Busse in Peru ‚zahlt‘. Diese Zahl ist nicht richtig. Richtig ist: Das BMZ unterstützt mit einem im Jahr 2020 zugesagten Zuschuss in Höhe von 20 Millionen Euro den Aufbau eines Fahrradschnellwegenetzes in Lima, das sich derzeit im Bau befindet. Im Jahr 2022 hat das BMZ weitere 24 Millionen Euro für den Bau von Radwegen in Peru zugesagt, die sich derzeit in der Planungsphase befinden. [...] Aus diesem Grund unterstützt Deutschland Peru ganz gezielt mit Krediten auch beim Aufbau eines umweltschonenden Bussystems. Hierfür wurden bereits 2015 rund 55 Millionen Euro als Kredit zur Verfügung gestellt, also rückzahlbar. 2022 wurde ein weiterer Kredit in Höhe von gut 100 Millionen Euro zugesagt.“

Die Erklärung also: Man habe keine 315 Millionen Euro für Radwege und ein nachhaltiges Bussystem in Peru ausgegeben, lediglich 199 Millionen.